

Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin

Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

68. Jahrgang Nr. 24

Berlin, den 2. Oktober 2012

03227

Inhalt

21.9.2012	Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes und anderer Gesetze	290
	2001-1; 2011-1; 2120-9; 7831-2	
21.9.2012	Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2012/2013 (BerlBVAnpG 2012/2013)	291
	2032-40; 2032-27; 2032-30; 2032-29; 2030-1	
21.9.2012	Gesetz zum Zweiten Abkommen vom 15. Dezember 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten.	326
	7131-1	
23.8.2012	Zweite Verordnung zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung	329
	314-9	
4.9.2012	Fünfundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Polizeibenutzungsgebührenordnung	330
	2013-1-14	
10.9.2012	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XXIII-26 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Kaulsdorf	334
11.9.2012	Verordnung über die weitere Verlängerung der Veränderungssperre 7-45/59 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Lichtenrade	335
14.9.2012	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans 10-57 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn	336
17.9.2012	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans I-211 im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte	337

Abkürzungen: GVBl. = Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, VOBl. = Verordnungsblatt Berlin Teil I bzw. Teil II, BGBl. = Bundesgesetzblatt Teil I, II bzw. III, GVABl. = Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblatt für Berlin, GBl. = Gesetzblatt der DDR Teil I bzw. Teil II, ABl. = Amtsblatt für Berlin

Gesetz

zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes und anderer Gesetze

Vom 21. September 2012

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes

Der Nummer 13 der Anlage zu § 4 Absatz 1 Satz 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes in der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVBl. S. 302, 472), das zuletzt durch Artikel VII des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVBl. S. 344) geändert worden ist, wird folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) Durchführung des Transfusionsgesetzes.“

Artikel II

Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Die Anlage zu § 2 Absatz 4 Satz 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes in der Fassung vom 11. Oktober 2006 (GVBl. S. 930), das zuletzt durch Artikel III des Gesetzes vom 19. Juni 2012 (GVBl. S. 193) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 24 Absatz 7 wird aufgehoben.
2. Nummer 32 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 14 Buchstabe b wird der abschließende Punkt durch ein Semikolon ersetzt.
 - b) Es werden die folgenden Absätze 15 und 16 angefügt:

„(15) die Ordnungsaufgaben nach dem Transfusionsgesetz;

(16) die Ordnungsaufgaben nach dem Medizinproduktegesetz und den nur auf Grund des Medizinproduktegesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht die für Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung (Nummer 3 Absatz 6 Buchstabe g) oder das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (Nummer 26 Absatz 3) zuständig sind.“

Artikel III

Änderung des Ethik- Kommissionsgesetzes Berlin

Das Ethik-Kommissionsgesetz Berlin vom 7. September 2005 (GVBl. S. 466), das durch Gesetz vom 3. März 2010 (GVBl. S. 122) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Land Berlin errichtet mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 eine Ethik-Kommission, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes für die Bewertung

 1. klinischer Prüfungen von Arzneimitteln bei Menschen nach den §§ 40 bis 42a des Arzneimittelgesetzes in der seit dem 6. August 2004 jeweils geltenden Fassung,
 2. klinischer Prüfungen von Medizinprodukten und für die Bewertung von Leistungsbewertungsprüfungen von In-vitro-Diagnostika nach den §§ 19 bis 24 des Medizinproduktegesetzes in der seit dem 21. März 2010 jeweils geltenden Fassung,

3. von Immunisierungsprogrammen nach § 8 des Transfusionsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2007 (BGBl. I S. 2169), das durch Artikel 12 des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 1990) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und
4. von für die Separation von Blutstammzellen und anderen Blutbestandteilen erforderlichen Vorbehandlungen der spendenden Personen nach § 9 des Transfusionsgesetzes ausschließlich zuständig ist.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2a werden im Eingangssatz nach dem Wort „Menschen“ ein Komma und die Wörter „von Immunisierungsprogrammen und von für die Separation von Blutstammzellen und anderen Blutbestandteilen erforderlichen Vorbehandlungen der spendenden Personen“ eingefügt.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Jeder Ausschuss entscheidet über die ihm vom Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin zur Bewertung übertragene

 1. klinischen Prüfungen und Leistungsbewertungsprüfungen von In-vitro-Diagnostika,
 2. Immunisierungsprogramme sowie
 3. für die Separation von Blutstammzellen und anderen Blutbestandteilen erforderlichen Vorbehandlungen der spendenden Personen
 selbstständig. Entscheidungen eines Ausschusses gelten als Entscheidungen der Ethik-Kommission.“

Artikel IV

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes

In § 3 Absatz 2 Satz 1 und 4 sowie Absatz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes vom 6. November 1997 (GVBl. S. 582), das zuletzt durch Artikel I des Gesetzes vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 869) geändert worden ist, wird jeweils das Wort „Gesundheitswesen“ durch das Wort „Veterinärwesen“ ersetzt.

Artikel V

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 21. September 2012

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Ralf W i e l a n d

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister
Klaus W o w e r e i t

Gesetz**zur Anpassung der Besoldung und Versorgung
für das Land Berlin 2012/2013
(BerlBVAnpG 2012/2013)**

Vom 21. September 2012

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I**Anpassung der Besoldung und Versorgung
für die Jahre 2012 und 2013****§ 1****Geltungsbereich**

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter des Landes Berlin,
2. Beamtinnen und Beamte der landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger mit Anspruch auf Versorgungsbezüge, die das Land Berlin oder die landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zu tragen haben.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte sowie die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter,
2. öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften und ihre Verbände.

(3) Wird in anderen Rechtsnormen auf durch dieses Gesetz geänderte oder ersetzte Vorschriften oder Anlagen Bezug genommen, erfasst die Bezugnahme nunmehr die entsprechenden, nach diesem Gesetz geltenden Vorschriften oder Anlagen.

§ 2**Anpassung der Besoldung**

(1) Um 2 vom Hundert werden ab 1. August 2012 erhöht

1. die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A und R ausgehend von den sich aus den Anlagen 1 bis 4 des Berliner Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) ergebenden Beträgen,
2. die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen B und W ausgehend von den sich aus der Anlage 15 Nummer 2 und 3 des Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011 vom 8. Juli 2010 (GVBl. S. 362, 2011 S. 158, 328), das durch Artikel V Satz 2 Halbsatz 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) geändert worden ist, ergebenden Beträgen,
3. die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage ausgehend von den sich aus den Anlagen 18 und 19 des Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011 ergebenden Beträgen,
4. die Anwärtergrundbeträge sowie Anwärterbezüge ausgehend von den sich aus Anlage V des Landesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 9. April 1996 (GVBl. S. 160, 2005 S. 463), das zuletzt durch Artikel I § 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) geändert worden ist, ergebenden Beträgen,

5. der Familienzuschlag ausgehend von den sich aus der Anlage 16 des Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011 ergebenden Beträgen mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 nach Anlage III des Landesbesoldungsgesetzes.

Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 6 zu diesem Gesetz.

(2) Um 1,6 vom Hundert werden ab 1. August 2012 der Auslandszuschlag und der Auslandskindzuschlag erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 7 bis 15 zu diesem Gesetz.

(3) Ab dem 1. August 2013 werden die in Absatz 1 aufgeführten Dienst- und sonstigen Bezüge mit den sich ab dem 1. August 2012 ergebenden Beträgen um 2 vom Hundert erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 16 bis 21 zu diesem Gesetz.

(4) Ab dem 1. August 2013 werden der mit Absatz 2 erhöhte Auslandszuschlag und Auslandskindzuschlag mit den sich ab dem 1. August 2012 ergebenden Beträgen um 1,6 vom Hundert erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 22 bis 30 zu diesem Gesetz.

(5) Die Erhöhungen nach den Absätzen 1 und 3 gelten entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. die Grundgehaltssätze in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
3. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach den fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung 2b der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
5. die Leistungsbezüge für Professorinnen und Professoren sowie hauptberufliche Leiterinnen und Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen, soweit deren Teilnahme an regelmäßigen Besoldungsanpassungen aufgrund landesrechtlicher Regelungen bestimmt wurde,
6. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge, die nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist, fortgelten,
7. die besonderen Grundgehaltssätze, die bei Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern 1975 als fortgeltendes Recht festgesetzt worden sind, sowie Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder sonstige festgesetzte Grundgehaltssätze.

§ 3

Anpassung der Versorgungsbezüge

(1) Bei den am 1. August 2011 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gelten die Erhöhungen nach § 2 ausgehend von den sich aus dem Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011 ergebenden Beträgen entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Absatz 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942), das durch Artikel 61 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist, und in Artikel 14 § 1 des Reformgesetzes genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und § 84 Absatz 1 Nummer 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge.

(2) Für nicht von Absatz 1 erfasste Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gelten die Erhöhungen nach § 2 entsprechend für die in § 2 genannten Bezügebestandteile, soweit sie der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge zugrunde liegen.

(3) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab dem 1. August 2012 um 1,9 vom Hundert und ab 1. August 2013 um 1,9 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Dies gilt entsprechend für

1. Versorgungsbezüge von Hinterbliebenen eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers oder einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Absatz 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967, 976).

(4) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. August 2012 um 50,39 Euro und ab 1. August 2013 um 51,40 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnung A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(5) Für die Anwendung versorgungsrechtlicher Vorschriften gelten die Anpassungen nach den Absätzen 1 bis 3 sowie § 2 als Anpassung im Sinne des § 70 Absatz 1 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel IV des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) geändert worden ist.

Artikel II

Änderung weiterer
besoldungsrechtlicher Vorschriften

§ 1

Änderung des Berliner
Besoldungsneuregelungsgesetzes

Die Anlagen 3 und 4 des Berliner Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) erhalten die aus der Anlage 6 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

§ 2

Änderung der Verordnung
über die Gewährung von
Mehrarbeitsvergütung für Beamte

§ 4 der durch Artikel III des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266) in Landesrecht übergeleiteten Verordnung über die Gewäh-

rung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „9,96 Euro“ durch die Angabe „10,52 Euro“, die Angabe „11,77 Euro“ durch die Angabe „12,43 Euro“, die Angabe „16,15 Euro“ durch die Angabe „17,05 Euro“ und die Angabe „22,27 Euro“ durch die Angabe „23,51 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe „15,03 Euro“ durch die Angabe „15,88 Euro“, die Angabe „18,62 Euro“ durch die Angabe „19,67 Euro“, die Angabe „22,11 Euro“ durch die Angabe „23,35 Euro“ und die Angabe „25,83 Euro“ jeweils durch die Angabe „27,27 Euro“ ersetzt.

§ 3

Änderung der Verordnung
über die Gewährung von
Erschwerniszulagen

In § 4 Absatz 1 Nummer 1 der durch Artikel III des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266) in Landesrecht übergeleiteten Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), zuletzt geändert durch Artikel 67 des Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1818), wird die Angabe „2,72 Euro“ durch die Angabe „2,88 Euro“ ersetzt.

Artikel III

Weitere Änderungen weiterer
besoldungsrechtlicher Vorschriften

§ 1

Weitere Änderung des Berliner
Besoldungsneuregelungsgesetzes

Die Anlagen 3 und 4 des Berliner Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306), das durch Artikel II § 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, erhalten die aus der Anlage 21 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

§ 2

Weitere Änderung der Verordnung
über die Gewährung von
Mehrarbeitsvergütung für Beamte

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel II § 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „10,52 Euro“ durch die Angabe „10,73 Euro“, die Angabe „12,43 Euro“ durch die Angabe „12,68 Euro“, die Angabe „17,05 Euro“ durch die Angabe „17,39 Euro“ und die Angabe „23,51 Euro“ durch die Angabe „23,98 Euro“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe „15,88 Euro“ durch die Angabe „16,20 Euro“, die Angabe „19,67 Euro“ durch die Angabe „20,06 Euro“, die Angabe „23,35 Euro“ durch die Angabe „23,82 Euro“ und die Angabe „27,27 Euro“ jeweils durch die Angabe „27,82“ Euro ersetzt.

§ 3

Weitere Änderung der Verordnung
über die Gewährung von
Erschwerniszulagen

In § 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), die zuletzt durch Artikel II § 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „2,88 Euro“ durch die Angabe „2,94 Euro“ ersetzt.

Artikel IV

Änderung des Landesbeamtengesetzes

In § 76 Absatz 5 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70), das zuletzt durch Artikel III des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (GVBl. S. 306) geändert worden ist, wird die Angabe „8. Lebensaltersstufe“ durch die Angabe „4. Stufe“ und die Angabe „9. Lebensaltersstufe“ durch die Angabe „5. Stufe“ ersetzt.

Artikel V

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 mit Wirkung vom 1. August 2012 in Kraft.

(2) Artikel III tritt am 1. August 2013 in Kraft.

(3) Artikel IV tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 21. September 2012

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ralf W i e l a n d

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Anlage 1

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 1 und 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)									
Erfahrungs- zeiten	2 Jahre		3 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A7 2 Jahre)		4 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A8 3 Jahre)				
	Besoldungs- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6		Stufe 7
A4		1.659,54	1.713,60	1.759,50	1.805,40	1.829,88	1.856,40	1.902,30	1.963,50
A5		1.672,80	1.738,08	1.785,00	1.833,96	1.881,90	1.932,90	1.978,80	2.022,66
A6		1.712,58	1.767,66	1.871,70	1.924,74	1.972,68	2.027,76	2.076,72	2.128,74
A7		1.788,06	1.841,10	1.907,40	2.027,76	2.101,20	2.163,42	2.212,38	2.300,10
A8		1.899,24	2.037,96	2.125,68	2.213,40	2.341,92	2.410,26	2.462,28	2.512,26
A9		2.023,68	2.098,14	2.213,40	2.343,96	2.437,80	2.554,08	2.621,40	2.685,66
A10		2.180,76	2.279,70	2.437,80	2.596,92	2.710,14	2.823,36	2.927,40	3.013,08
A11		2.513,28	2.661,18	2.809,08	2.958,00	3.055,92	3.162,00	3.288,48	3.366,00
A12		2.703,00	2.980,44	3.055,92	3.257,88	3.350,70	3.531,24	3.600,60	3.726,06
A13		3.192,60	3.356,82	3.521,04	3.686,28	3.841,32	3.914,76	4.069,80	4.151,40
A14		3.360,90	3.572,04	3.805,62	4.013,70	4.155,48	4.292,16	4.439,04	4.590,00
A15		4.122,84	4.336,02	4.460,46	4.607,34	4.754,22	4.900,08	5.019,42	5.193,84
A16		4.553,28	4.775,64	4.944,96	5.114,28	5.282,58	5.451,90	5.621,22	5.787,48

Gültig ab 1. August 2012

2. Landesbesoldungsordnung BGrundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	5.189,61
B 2	6.037,17
B 3	6.395,98
B 4	6.771,80
B 5	7.202,96
B 6	7.610,12
B 7	8.006,18
B 8	8.418,99
B 9	8.931,53
B 10	10.523,20
B 11	10.933,42

Gültig ab 1. August 2012

3. Landesbesoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3596,06	4107,90	4988,16

Gültig ab 1. August 2012

4. Landesbesoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Erfahrungszeiten	3 Jahre		2 Jahre			3 Jahre		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
BesGr.								
R 1	3.496,56	3.707,70	4.106,52	4.512,48	4.736,88	4.936,80	5.122,44	5.342,76
R 2	4.186,08	4.389,06	4.593,06	5.009,22	5.223,42	5.431,50	5.620,20	5.829,30
R 3	6.396,42							
R 4	6.772,80							
R 5	7.203,24							
R 6	7.610,22							
R 7	8.007,00							
R 8	8.419,08							
R 9	8.932,14							
R 10	10.977,24							

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 5 BerlBVAnpG 2012/2013

Anlage 2

Gültig ab 1. August 2012

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	105,85	200,94
übrige Besoldungsgruppen	111,18	206,27

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 95,09 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 296,30 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:	98,40 €
in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:	104,46 €

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Anlage 3

Gültig ab 1. August 2012

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	748,72
A 5 bis A 8*	863,45
A 9 bis A 11	914,75
A 12	1047,58
A 13	1077,79
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1110,98

*) Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Eingangsamt BesGr. A 7 (Brandmeister) eintreten, erhalten vom Beginn des Kalendermonats an, in dem sie ein Praktikum im Einsatzdienst auf der Feuerwache mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden beginnen, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem dieses endet, Anwärterbezüge in Höhe von 1036,14 Euro.

Anlage 4

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44	bis zu 102,26	Die Zulage beträgt für Beamte und Solaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	A 2 bis A 5	A 5
§ 78	bis zu 76,69	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vor bemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 16, B 2 bis B 4 B 3	
Nummer 4	51,13	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	76,69	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A	35,79	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A	51,13	A 2 bis A 5	115,04
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
		A 10 und höher	191,73
Nummer 5a		Nummer 8a	
Abs. 1		Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	92,03	A 2 bis A 5	70,06
Buchstabe b	153,39	A 6 bis A 9	95,53
Buchstabe c	219,86	A 10 bis A 13	117,82
Abs. 2		A 14 und höher	140,11
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	50,96
Buchstabe b	102,26	des gehobenen Dienstes	66,87
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des höheren Dienstes	82,80
Buchstabe b	40,90	Nummer 8b	
Nr. 3	66,47	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 4 und 5	61,36	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	102,26	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	40,90	Nummer 9	
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	66,47	von einem Jahr	63,69
Nr. 9	61,36	von zwei Jahren	127,38
Nummer 6 Abs. 1		*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).	
Buchstabe a	460,16		
Buchstabe b	368,13		
Buchstabe c	294,50		
Nummer 6 a	102,26		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	223,39
Nummer 21	187,41
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa	17,30	
Doppelbuchstabe bb	67,67	
Buchstabe b	75,21	
Buchstabe c	75,21	
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb	50,40	
Buchstabe b und c	75,21	
Nummer 30	23,01	
Besoldungs- gruppen	Fußnote	
A 2	1	32,30
	2	17,73
	3	59,59
A 3	1, 5	59,59
	2	32,30
	7	30,10
A 4	1, 4	59,59
	2	32,30
	5	6,48
A 5	3	32,30
	4, 6	59,59
A 6	6	32,30
A 7	2	40,11
	5	50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2	51,68
A 9	2, 3, 6	240,52
	7	8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8	139,70
A 13	6	111,73
	7	167,58
	11, 12, 13	244,42
A 14	5	167,58
A 15	7	167,58
B 10	1	387,23

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	38,35	
Besoldungs- gruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	185,27
R 2	3 bis 8, 10	185,27
R 3	3	185,27
R 8	2	370,47

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Amtszulagen, Stellenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Landesbesoldungsordnung (LBesO)	Dem Grund nach geregelt in		
		Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro
1. Amtszulagen	LBesO A	A 10	2	254,55
		A 11	5	254,55
		A 12	2	167,58
			6	167,58
		A 13	1	111,73
			2	167,58
			3	279,26
		A 14	1	167,58
			2	195,48
		A 15	1	279,26
	2		309,81	
			3	167,58
	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)	A 15 (kw)	1	167,58
2. Stellenzulagen	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)		1	38,59
		A 10 (kw)		
	LBesO B	B 7	1	85,75

Anlage 6

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 1 Nr. 1 BerlBVAnpG 2012/2013
Gültig ab 1. August 2012

Überleitungstabelle Besoldungsordnungen A

Besoldungsgruppe	Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
A4	-	1.659,54	1.706,46	1.713,60	1.753,38	1.759,50	1.801,32	1.805,40	-	1.829,88	1.848,24	1.856,40	1.895,16	1.902,30	1.942,08	1.963,50
A5	-	1.672,80	1.732,98	1.738,08	1.779,90	1.785,00	1.826,82	1.833,96	1.873,74	1.881,90	1.920,66	1.932,90	1.967,58	1.978,80	2.014,50	2.022,66
A6	-	1.712,58	1.763,58	1.767,66	1.815,60	1.871,70	1.918,62	1.924,74	1.969,62	1.972,68	2.021,64	2.027,76	2.072,64	2.076,72	2.124,66	2.128,74
A7	-	1.788,06	1.833,96	1.841,10	1.899,24	1.907,40	1.963,50	2.027,76	2.083,04	2.101,20	2.157,30	2.163,42	2.204,22	2.212,38	2.250,12	2.300,10
A8	-	1.899,24	1.955,34	2.037,96	2.120,58	2.125,68	2.204,22	2.213,40	2.286,84	2.341,92	2.398,02	2.410,26	2.453,10	2.462,28	2.508,18	2.512,26
A9	-	2.023,68	2.078,76	2.096,14	2.166,48	2.213,40	2.255,22	2.343,96	2.432,70	2.437,80	2.493,90	2.554,08	2.615,28	2.621,40	2.676,48	2.685,66
A10	-	2.180,76	2.256,24	2.279,70	2.369,46	2.437,80	2.483,70	2.596,92	-	2.710,14	2.785,62	2.823,36	2.862,12	2.927,40	2.937,60	3.013,08
A11	-	2.513,28	2.629,56	2.661,18	2.745,84	2.809,08	2.862,12	2.958,00	2.978,40	3.055,92	3.133,44	3.162,00	3.210,96	3.288,48	-	3.366,00
A12	-	2.703,00	2.841,72	2.980,44	-	3.055,92	3.119,16	3.257,88	-	3.350,70	3.442,50	3.531,24	3.535,32	3.600,60	3.627,12	3.726,06
A13	3.042,66	3.192,60	3.342,54	3.356,82	3.491,46	3.521,04	3.641,40	3.686,28	3.741,36	3.841,32	-	3.914,76	3.941,28	4.069,80	4.140,18	4.151,40
A14	3.167,10	3.360,90	3.554,70	3.572,04	3.763,80	3.805,62	3.971,88	4.013,70	4.080,00	4.155,48	4.202,40	4.292,16	4.331,94	4.439,04	4.461,48	4.590,00
A15	-	4.122,84	-	4.336,02	-	4.460,46	4.507,38	4.607,34	4.677,72	4.754,22	4.849,08	4.900,08	-	5.019,42	5.183,84	-
A16	-	4.553,28	-	4.775,64	4.800,12	4.944,96	4.998,00	5.114,28	5.195,88	5.282,58	5.392,74	5.451,90	5.590,62	5.621,22	-	5.787,48

Überleitungstabelle Besoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8	Stufe 8
R 1	3.496,56	-	3.707,70	3.902,52	4.106,52	4.309,50	4.512,48	4.736,88	4.936,80	5.122,44	5.342,76	5.582,90	5.829,30	6.081,60	6.344,40	6.618,60
R 2	4.186,08	-	4.389,06	-	4.593,06	4.796,04	5.009,22	5.223,42	5.431,50	5.620,20	5.829,30	6.040,80	6.253,80	6.469,20	6.686,10	6.904,50

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	918,46	1.083,95	1.251,65	1.418,24	1.585,95	1.753,64	1.919,12	2.087,94	2.252,32	2.420,56	2.587,71	2.753,75
A 9	1.080,07	1.259,42	1.437,66	1.617,02	1.797,51	1.976,32	2.155,70	2.335,60	2.514,41	2.693,78	2.872,59	3.051,94
A 10	1.218,89	1.407,13	1.592,61	1.779,19	1.965,21	2.152,36	2.338,36	2.524,40	2.709,87	2.895,90	3.083,03	3.269,06
A 11	1.327,18	1.522,63	1.716,43	1.910,80	2.105,15	2.298,95	2.493,86	2.688,21	2.883,11	3.076,92	3.271,29	3.465,09
A 12	1.477,66	1.683,67	1.889,13	2.095,71	2.301,17	2.508,30	2.713,76	2.920,33	3.125,78	3.332,37	3.538,93	3.744,96
A 13 und C 1	1.624,82	1.839,72	2.052,95	2.267,30	2.481,08	2.695,45	2.909,79	3.123,58	3.338,48	3.551,69	3.766,62	3.980,41
A 14	1.774,75	1.996,31	2.217,88	2.440,00	2.661,56	2.883,67	3.105,25	3.326,26	3.547,81	3.769,95	3.990,94	4.211,97
A 15, C 2 und R 1	1.982,99	2.222,32	2.461,67	2.700,99	2.940,32	3.180,21	3.418,99	3.659,44	3.898,79	4.138,67	4.378,00	4.617,34
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.095,14	2.346,71	2.598,26	2.849,26	3.101,91	3.352,35	3.603,90	3.855,47	4.107,01	4.359,13	4.610,13	4.861,12
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.095,14	2.355,60	2.618,80	2.882,02	3.145,24	3.409,55	3.672,77	3.936,54	4.199,75	4.463,52	4.726,74	4.989,95
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.307,29	2.599,36	2.891,46	3.183,01	3.475,07	3.767,17	4.058,71	4.350,24	4.642,89	4.933,86	5.225,39	5.518,61
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.471,66	2.801,50	3.130,25	3.460,09	3.789,40	4.119,23	4.449,63	4.778,93	5.108,79	5.438,07	5.767,92	6.097,23

Anlage 7
(ehemals Anlage VIa des BBesG)

Anlage 8
(chemals Anlage VIb des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBV/AnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	781,31	921,79	1.063,40	1.205,56	1.348,83	1.490,43	1.631,48	1.774,20	1.914,67	2.057,94	2.199,55	2.340,60
A 9	917,36	1.070,62	1.221,67	1.374,38	1.528,74	1.680,34	1.833,05	1.985,76	2.137,36	2.290,06	2.441,65	2.593,27
A 10	1.036,20	1.196,69	1.354,39	1.512,64	1.671,46	1.829,17	1.987,99	2.146,24	2.302,85	2.461,67	2.621,03	2.778,73
A 11	1.128,37	1.293,86	1.458,77	1.624,26	1.789,73	1.955,22	2.120,14	2.285,62	2.450,00	2.614,91	2.780,95	2.944,77
A 12	1.254,98	1.431,02	1.605,92	1.780,84	1.956,90	2.131,79	2.306,18	2.481,64	2.657,67	2.832,60	3.008,07	3.183,01
A 13 und C 1	1.381,59	1.563,74	1.744,76	1.927,44	2.109,04	2.291,18	2.473,31	2.654,90	2.838,15	3.019,18	3.201,32	3.383,45
A 14	1.508,75	1.697,01	1.884,69	2.074,62	2.262,30	2.450,55	2.638,25	2.827,05	3.015,85	3.204,10	3.392,33	3.580,03
A 15, C 2 und R 1	1.685,34	1.888,57	2.091,84	2.296,18	2.500,53	2.702,66	2.905,89	3.110,80	3.314,60	3.517,84	3.721,08	3.925,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.780,31	1.994,09	2.207,89	2.422,24	2.635,47	2.849,26	3.063,60	3.276,83	3.491,19	3.706,08	3.918,77	4.132,55
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.780,31	2.002,41	2.226,22	2.450,00	2.673,23	2.897,57	3.121,89	3.345,70	3.569,49	3.793,27	4.017,05	4.240,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.961,89	2.208,99	2.457,21	2.705,44	2.953,66	3.201,87	3.450,09	3.698,32	3.945,97	4.194,75	4.441,85	4.690,64
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.100,71	2.381,15	2.661,56	2.941,43	3.222,42	3.501,18	3.781,61	4.061,48	4.341,91	4.621,77	4.902,20	5.182,65

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	643,60	758,55	876,82	992,89	1.110,59	1.227,22	1.343,83	1.461,56	1.577,06	1.694,77	1.811,40	1.928,01
A 9	755,77	880,70	1.006,21	1.131,15	1.258,87	1.383,82	1.509,31	1.634,83	1.760,31	1.884,69	2.010,75	2.136,26
A 10	854,06	985,10	1.115,04	1.246,10	1.376,04	1.507,10	1.637,02	1.766,97	1.898,04	2.027,42	2.157,35	2.288,96
A 11	929,57	1.065,08	1.201,68	1.337,72	1.474,32	1.609,26	1.745,33	1.881,36	2.017,96	2.152,90	2.290,06	2.425,57
A 12	1.033,98	1.178,35	1.322,17	1.467,66	1.610,92	1.755,31	1.900,23	2.043,50	2.187,90	2.332,83	2.477,20	2.622,13
A 13 und C 1	1.137,26	1.287,19	1.436,56	1.586,49	1.736,99	1.886,36	2.036,30	2.186,23	2.336,71	2.486,08	2.636,57	2.785,96
A 14	1.242,76	1.397,70	1.552,06	1.706,99	1.863,59	2.018,53	2.173,45	2.328,38	2.483,31	2.638,25	2.793,17	2.948,67
A 15 C 2 und R 1	1.387,70	1.554,86	1.723,12	1.891,36	2.058,52	2.226,77	2.393,92	2.561,62	2.729,31	2.897,01	3.064,71	3.231,86
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.466,56	1.642,58	1.818,06	1.994,09	2.171,23	2.347,26	2.522,18	2.698,77	2.874,80	3.051,94	3.227,42	3.402,91
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.466,56	1.648,13	1.833,05	2.017,41	2.201,76	2.387,24	2.570,49	2.754,30	2.939,22	3.124,13	3.307,93	3.492,86
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.615,38	1.819,17	2.024,08	2.228,43	2.432,22	2.636,57	2.841,47	3.045,28	3.250,18	3.453,42	3.658,34	3.863,23
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.729,76	1.960,77	2.191,23	2.422,24	2.653,23	2.884,24	3.114,69	3.345,70	3.575,59	3.806,61	4.037,59	4.268,04

Anlage 9
(ehemals Anlage VIc des BBesG)

Anlage 10
(chemals Anlage VIId des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVerfG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	450,36	531,42	613,07	695,24	777,42	859,06	940,14	1.023,42	1.103,40	1.186,68	1.267,75	1.349,94
A 9	528,66	616,38	704,12	791,86	880,70	968,44	1.056,75	1.144,48	1.231,66	1.319,41	1.408,25	1.494,33
A 10	598,07	689,68	780,78	871,82	963,44	1.055,08	1.146,72	1.237,76	1.328,29	1.418,79	1.510,41	1.601,50
A 11	649,70	746,33	840,72	936,24	1.031,21	1.126,70	1.221,67	1.317,17	1.412,69	1.507,64	1.602,61	1.697,56
A 12	723,55	824,64	926,81	1.026,76	1.127,81	1.228,32	1.329,94	1.431,02	1.532,09	1.632,60	1.733,63	1.834,72
A 13 und C 1	795,74	900,70	1.005,66	1.111,16	1.215,56	1.320,52	1.426,03	1.530,98	1.635,93	1.740,87	1.845,83	1.950,78
A 14	870,15	978,45	1.086,72	1.196,12	1.304,40	1.413,26	1.521,52	1.629,81	1.738,10	1.846,95	1.955,78	2.064,05
A 15, C 2 und R 1	971,78	1.088,95	1.206,10	1.323,30	1.440,45	1.557,06	1.675,90	1.793,63	1.910,23	2.027,97	2.145,13	2.262,85
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.026,76	1.150,03	1.272,75	1.395,48	1.519,88	1.642,58	1.765,86	1.889,13	2.012,97	2.136,26	2.258,97	2.381,70
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.026,76	1.153,90	1.283,31	1.412,69	1.540,96	1.669,78	1.800,30	1.928,56	2.057,94	2.186,23	2.316,73	2.445,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.130,60	1.273,31	1.416,59	1.559,84	1.702,55	1.845,83	1.989,09	2.131,79	2.275,07	2.417,78	2.561,05	2.703,20
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.211,11	1.372,15	1.534,30	1.695,33	1.856,93	2.018,53	2.180,12	2.341,17	2.503,88	2.664,35	2.825,92	2.988,09

Anlage 11
(ehemals Anlage VIe des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	546,97	644,71	745,21	843,50	943,45	1.042,87	1.142,82	1.242,76	1.340,51	1.440,45	1.539,30	1.639,24
A 9	642,48	749,09	855,72	962,35	1.070,08	1.175,57	1.283,31	1.389,37	1.495,99	1.602,61	1.708,67	1.815,29
A 10	725,22	836,85	947,35	1.058,96	1.169,47	1.281,08	1.391,04	1.502,08	1.612,04	1.723,12	1.834,72	1.945,22
A 11	789,65	905,69	1.021,76	1.137,26	1.252,21	1.367,71	1.484,32	1.599,27	1.715,33	1.830,83	1.946,34	2.061,85
A 12	879,04	1.001,77	1.124,49	1.246,66	1.368,81	1.491,54	1.614,83	1.736,99	1.860,82	1.982,99	2.105,15	2.228,43
A 13 und C 1	966,80	1.094,52	1.221,11	1.349,39	1.476,54	1.603,16	1.730,88	1.858,59	1.986,32	2.113,48	2.241,19	2.368,37
A 14	1.056,19	1.188,90	1.319,41	1.451,56	1.583,16	1.715,88	1.846,95	1.978,53	2.110,72	2.242,86	2.373,92	2.507,18
A 15, C 2 und R 1	1.179,46	1.321,59	1.464,32	1.607,05	1.750,32	1.892,47	2.034,64	2.177,35	2.320,07	2.462,22	2.604,92	2.747,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.246,66	1.395,48	1.545,98	1.695,33	1.845,27	1.994,65	2.144,57	2.293,97	2.443,89	2.593,27	2.743,19	2.892,57
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.246,66	1.401,58	1.557,06	1.715,33	1.871,36	2.029,06	2.185,11	2.341,71	2.499,41	2.655,47	2.812,06	2.968,65
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.372,70	1.546,52	1.720,32	1.894,15	2.066,84	2.241,75	2.415,01	2.588,81	2.761,51	2.935,89	3.109,68	3.283,49
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.471,54	1.666,46	1.863,59	2.059,06	2.255,08	2.451,10	2.647,67	2.843,70	3.038,61	3.235,21	3.431,20	3.628,35

Anlage 12
(chemals Anlage VI f des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.017,88	1.190,57	1.361,60	1.534,85	1.704,22	1.876,93	2.049,63	2.222,32	2.393,92	2.564,94	2.736,52	2.909,79
A 9	1.192,23	1.376,04	1.562,06	1.744,76	1.929,14	2.112,92	2.296,73	2.482,19	2.666,00	2.849,82	3.035,29	3.219,64
A 10	1.348,27	1.539,84	1.730,88	1.921,34	2.112,37	2.303,96	2.494,96	2.686,55	2.878,68	3.068,60	3.260,19	3.451,77
A 11	1.467,66	1.667,58	1.868,60	2.068,49	2.269,52	2.470,55	2.670,45	2.870,90	3.071,93	3.272,40	3.473,41	3.673,34
A 12	1.631,48	1.843,60	2.055,16	2.266,75	2.478,31	2.689,88	2.901,46	3.113,57	3.325,15	3.536,72	3.748,29	3.959,85
A 13 und C 1	1.794,73	2.015,74	2.236,20	2.457,21	2.678,77	2.898,68	3.119,70	3.341,25	3.562,82	3.782,73	4.003,72	4.225,85
A 14	1.959,66	2.187,35	2.416,12	2.644,35	2.873,13	3.102,48	3.330,14	3.558,38	3.786,05	4.014,83	4.242,51	4.472,40
A 15, C 2 und R 1	2.190,12	2.438,89	2.687,11	2.935,32	3.183,01	3.431,20	3.679,99	3.928,21	4.176,43	4.424,09	4.671,19	4.921,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.322,83	2.582,71	2.843,70	3.104,68	3.363,47	3.623,90	3.883,22	4.144,22	4.404,11	4.663,98	4.924,99	5.184,86
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.323,39	2.597,15	2.870,35	3.143,56	3.416,78	3.689,98	3.963,73	4.236,95	4.510,17	4.783,38	5.057,15	5.329,79
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.590,49	2.890,91	3.190,77	3.491,75	3.792,15	4.092,57	4.392,99	4.693,97	4.993,83	5.294,79	5.595,23	5.896,21
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.793,73	3.133,02	3.472,86	3.812,70	4.152,00	4.490,73	4.831,12	5.169,88	5.509,16	5.849,55		

Anlage 13
(chemals Anlage VIg des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	874,04	1.018,43	1.165,02	1.309,96	1.456,02	1.602,61	1.747,53	1.894,15	2.040,18	2.184,55	2.331,71	2.475,54
A 9	1.020,63	1.175,57	1.335,52	1.491,00	1.647,03	1.803,62	1.959,66	2.115,15	2.271,76	2.428,89	2.584,93	2.741,52
A 10	1.154,47	1.318,84	1.481,55	1.645,92	1.809,18	1.971,32	2.135,14	2.297,29	2.462,22	2.624,92	2.787,62	2.951,99
A 11	1.259,42	1.429,92	1.600,37	1.771,42	1.941,89	2.112,92	2.283,41	2.454,99	2.625,48	2.795,95	2.966,97	3.138,01
A 12	1.401,03	1.579,83	1.759,73	1.939,12	2.119,03	2.297,86	2.477,77	2.657,67	2.837,60	3.016,40	3.195,77	3.375,12
A 13 und C 1	1.541,52	1.729,21	1.916,35	2.104,04	2.292,29	2.479,43	2.666,57	2.853,69	3.042,50	3.229,63	3.416,78	3.604,47
A 14	1.682,00	1.874,69	2.068,49	2.262,85	2.456,67	2.650,47	2.844,26	3.036,96	3.231,30	3.425,66	3.618,90	3.813,26
A 15, C 2 und R 1	1.880,81	2.091,27	2.301,17	2.512,18	2.723,21	2.933,67	3.143,56	3.353,47	3.565,02	3.775,51	3.985,95	4.195,86
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.995,20	2.216,22	2.436,66	2.657,67	2.878,12	3.099,15	3.319,05	3.540,05	3.760,51	3.981,53	4.201,98	4.422,43
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.000,19	2.231,76	2.463,88	2.696,00	2.927,56	3.159,67	3.391,79	3.623,90	3.855,47	4.088,14	4.320,25	4.551,27
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.230,65	2.485,53	2.742,08	2.996,97	3.252,97	3.507,29	3.762,73	4.018,17	4.274,15	4.529,59	4.784,49	5.040,49
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.409,46	2.697,09	2.986,41	3.273,51	3.562,82	3.850,47	4.138,67	4.426,86	4.715,05	5.002,72		

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Anlage 14
(ehemals Anlage VII des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	731,34	852,93	971,22	1.091,72	1.211,11	1.330,51	1.450,43	1.570,40	1.690,89	1.810,28	1.929,68	2.049,63
A 9	855,72	985,10	1.115,04	1.242,76	1.372,70	1.502,64	1.632,02	1.763,09	1.893,03	2.022,42	2.152,36	2.282,30
A 10	967,89	1.100,60	1.235,00	1.366,60	1.500,42	1.633,71	1.767,54	1.901,34	2.034,07	2.168,45	2.300,05	2.433,33
A 11	1.053,97	1.196,12	1.336,61	1.477,66	1.619,26	1.759,73	1.901,34	2.041,29	2.182,89	2.323,94	2.464,99	2.606,59
A 12	1.171,12	1.319,95	1.469,32	1.617,59	1.765,86	1.914,12	2.062,94	2.210,64	2.360,58	2.508,87	2.657,67	2.805,38
A 13 und C 1	1.290,51	1.442,69	1.597,05	1.750,87	1.904,70	2.057,39	2.210,09	2.364,47	2.517,75	2.670,99	2.824,83	2.978,10
A 14	1.409,36	1.568,73	1.726,99	1.885,26	2.044,63	2.204,00	2.363,36	2.521,63	2.681,56	2.840,93	2.999,18	3.158,56
A 15, C 2 und R 1	1.575,40	1.749,76	1.923,01	2.096,84	2.270,63	2.445,00	2.618,80	2.792,62	2.966,43	3.140,24	3.315,15	3.488,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.672,58	1.854,71	2.036,30	2.219,55	2.401,13	2.583,27	2.766,52	2.948,09	3.130,25	3.311,82	3.495,63	3.677,77
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.677,01	1.868,60	2.059,63	2.250,64	2.442,21	2.633,25	2.824,83	3.015,85	3.207,42	3.398,45	3.590,57	3.781,06
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.874,13	2.084,62	2.293,97	2.504,41	2.713,76	2.923,67	3.133,02	3.343,47	3.552,82	3.762,18	3.972,64	4.181,98
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.027,42	2.265,08	2.504,41	2.742,64	2.980,29	3.219,08	3.457,31	3.694,41	3.933,75	4.172,55		

Anlage 15
(ehemals Anlage VII des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2012

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16													
B 1 bis B 11	132,71	152,16	172,14	190,46	211,01	230,46	249,33	268,77	288,19	308,19	327,63	345,39	132,71

Anlage 16

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerlBVAmpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)								
Erfahrungszeiten	2 Jahre	3 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A7 2 Jahre)			4 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A8 3 Jahre)			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	
Besoldungsgruppe								
A4	1.692,73	1.747,87	1.794,69	1.841,51	1.866,48	1.893,53	1.940,35	2.002,77
A5	1.706,26	1.772,84	1.820,70	1.870,64	1.919,54	1.971,56	2.018,38	2.063,11
A6	1.746,83	1.803,01	1.909,13	1.963,23	2.012,13	2.068,32	2.118,25	2.171,31
A7	1.823,82	1.877,92	1.945,55	2.068,32	2.143,22	2.206,69	2.256,63	2.346,10
A8	1.937,22	2.078,72	2.168,19	2.257,67	2.388,76	2.458,47	2.511,53	2.562,51
A9	2.064,15	2.140,10	2.257,67	2.390,84	2.486,56	2.605,16	2.673,83	2.739,37
A10	2.224,38	2.325,29	2.486,56	2.648,86	2.764,34	2.879,83	2.985,95	3.073,34
A11	2.563,55	2.714,40	2.865,26	3.017,16	3.117,04	3.225,24	3.354,25	3.433,32
A12	2.757,06	3.040,05	3.117,04	3.323,04	3.417,71	3.601,86	3.672,61	3.800,58
A13	3.256,45	3.423,96	3.591,46	3.760,01	3.918,15	3.993,06	4.151,20	4.234,43
A14	3.428,12	3.643,48	3.881,73	4.093,97	4.238,59	4.378,00	4.527,82	4.681,80
A15	4.205,30	4.422,74	4.549,67	4.699,49	4.849,30	4.998,08	5.119,81	5.297,72
A16	4.644,35	4.871,15	5.043,86	5.216,57	5.388,23	5.560,94	5.733,64	5.903,23

Gültig ab 1. August 2013

2. Landesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.293,40
B 2	6.157,91
B 3	6.523,90
B 4	6.907,24
B 5	7.347,02
B 6	7.762,32
B 7	8.166,30
B 8	8.587,37
B 9	9.110,16
B 10	10.733,66
B 11	11.152,09

Gültig ab 1. August 2013

3. Landesbesoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3667,98	4190,06	5087,92

Gültig ab 1. August 2013

4. Landesbesoldungsordnung R**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Erfahrungszeiten	3 Jahre		2 Jahre			3 Jahre		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
BesGr.								
R 1	3.566,49	3.781,85	4.188,65	4.602,73	4.831,62	5.035,54	5.224,89	5.449,62
R 2	4.269,80	4.476,84	4.684,92	5.109,40	5.327,89	5.540,13	5.732,60	5.945,89
R 3	6.524,35							
R 4	6.908,26							
R 5	7.347,30							
R 6	7.762,42							
R 7	8.167,14							
R 8	8.587,46							
R 9	9.110,78							
R 10	11.196,78							

Anlage 17

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	107,97	204,96
übrige Besoldungsgruppen	113,40	210,40

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 96,99 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 302,23 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:	100,37 €
in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:	106,55 €

Anlage 18

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	763,69
A 5 bis A 8*	880,72
A 9 bis A 11	933,05
A 12	1068,53
A 13	1099,35
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1133,20

*) Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Eingangsamt BesGr. A 7 (Brandmeister) eintreten, erhalten vom Beginn des Kalendermonats an, in dem sie ein Praktikum im Einsatzdienst auf der Feuerwache mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden beginnen, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem dieses endet, Anwärterbezüge in Höhe von 1056,86 Euro.

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44 bis zu	102,26	Die Zulage beträgt für Beamte und Solaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
§ 48 Abs. 2 bis zu	102,26	A 2 bis A 5	A 5
§ 78 bis zu	76,69	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 16, B 2 bis B 4 B 3	
Nummer 4	51,13	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	76,69	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A	35,79	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A	51,13	A 2 bis A 5	115,04
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
		A 10 und höher	191,73
Nummer 5a		Nummer 8a	
Abs. 1		Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	92,03	A 2 bis A 5	70,06
Buchstabe b	153,39	A 6 bis A 9	95,53
Buchstabe c	219,86	A 10 bis A 13	117,82
Abs. 2		A 14 und höher	140,11
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	50,96
Buchstabe b	102,26	des gehobenen Dienstes	66,87
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des höheren Dienstes	82,80
Buchstabe b	40,90	Nummer 8b	
Nr. 3	66,47	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 4 und 5	61,36	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	102,26	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	40,90	Nummer 9	
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	66,47	von einem Jahr	63,69
Nr. 9	61,36	von zwei Jahren	127,38
Nummer 6 Abs. 1		*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).	
Buchstabe a	460,16		
Buchstabe b	368,13		
Buchstabe c	294,50		
Nummer 6 a	102,26		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	227,86
Nummer 21	191,16
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	17,65
Doppelbuchstabe bb	69,02
Buchstabe b	76,71
Buchstabe c	76,71
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	51,41
Buchstabe b und c	76,71
Nummer 30	23,01
Besoldungsgruppen Fußnote	
A 2	1 32,95
	2 17,73
	3 60,78
A 3	1, 5 60,78
	2 32,95
	7 30,70
A 4	1, 4 60,78
	2 32,95
	5 6,61
A 5	3 32,95
	4, 6 60,78
A 6	6 32,95
A 7	2 40,91
	5 50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2 52,71
A 9	2, 3, 6 245,33
	7 8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8 142,49
A 13	6 113,96
	7 170,93
	11, 12, 13 249,31
A 14	5 170,93
A 15	7 170,93
B 10	1 394,97

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	38,35	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	188,98
R 2	3 bis 8, 10	188,98
R 3	3	188,98
R 8	2	377,88

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2012/2013

Anlage 20

Gültig ab 1. August 2013

Amtszulagen, Stellenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Dem Grund nach geregelt in			Betrag in Euro
	Landesbesoldungsordnung (LBesO)	Besoldungsgruppe	Fußnote	
1. Amtszulagen	LBesO A	A 10	2	259,64
		A 11	5	259,64
		A 12	2	170,93
			6	170,93
		A 13	1	113,96
			2	170,93
			3	284,85
		A 14	1	170,93
			2	199,39
	3		170,93	
A 15	1	284,85		
	2	316,01		
LBesO A (künftig wegfällende Ämter)	A 15 (kw)	1	170,93	
		1	38,59	
2. Stellenzulagen	LBesO B	A 10 (kw)	1	85,75
		B 7	1	85,75

Anlage 21

Überleitungstabelle Besoldungsordnungen A

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 3 BerIBVAnpG 2012/2013
Gültig ab 1. August 2013

Besoldungsgruppe	Grundgehaltsätze (Monatsbeträge in Euro)															
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 6	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 7	Überleitungsstufe zu Stufe 8
A4	-	1.692,73	1.740,59	1.747,87	1.788,45	1.794,69	1.837,35	1.841,51	1.885,20	1.866,48	1.893,53	1.933,06	1.940,35	1.980,92	2.002,77	2.022,11
A5	-	1.706,26	1.767,64	1.772,84	1.815,50	1.820,70	1.863,36	1.870,64	1.911,21	1.919,54	1.971,56	2.006,93	2.018,38	2.064,79	2.063,11	2.117,31
A6	-	1.746,83	1.798,85	1.803,01	1.851,91	1.909,13	1.956,99	1.963,23	2.009,01	2.012,13	2.068,32	2.114,09	2.118,25	2.167,15	2.171,31	2.234,10
A7	-	1.823,82	1.870,64	1.877,92	1.937,22	1.945,55	2.002,77	2.068,32	2.134,90	2.143,22	2.206,69	2.248,30	2.256,63	2.295,12	2.346,10	2.397,34
A8	-	1.937,22	1.994,45	2.078,72	2.162,99	2.168,19	2.248,30	2.257,67	2.332,58	2.388,76	2.458,47	2.502,16	2.511,53	2.558,34	2.562,51	2.637,37
A9	-	2.064,15	2.120,34	2.140,10	2.209,81	2.257,67	2.300,32	2.390,84	2.481,35	2.486,56	2.605,16	2.667,59	2.673,83	2.730,01	2.739,37	2.817,72
A10	-	2.224,38	2.301,36	2.325,29	2.416,85	2.486,56	2.533,37	2.648,86	2.841,33	2.764,34	2.879,83	2.919,36	2.985,95	2.996,35	3.073,34	3.161,72
A11	-	2.563,55	2.682,15	2.714,40	2.800,76	2.865,26	2.919,36	3.017,16	3.037,97	3.117,04	3.225,24	3.275,18	3.354,25	3.369,66	3.433,32	3.517,72
A12	-	2.757,06	2.898,55	3.040,05	3.117,04	3.177,04	3.181,54	3.323,04	3.511,35	3.471,71	3.601,86	3.606,03	3.672,61	3.699,66	3.800,58	3.917,72
A13	3.103,51	3.256,45	3.409,39	3.423,96	3.561,29	3.591,46	3.714,23	3.760,01	3.816,19	3.918,15	3.993,06	4.020,11	4.151,20	4.222,98	4.234,43	4.377,72
A14	3.230,44	3.428,12	3.625,79	3.643,48	3.839,08	3.881,73	4.051,32	4.093,97	4.161,60	4.238,59	4.378,00	4.418,58	4.527,82	4.550,71	4.681,80	4.817,72
A15	-	4.206,30	-	4.222,74	-	4.549,67	4.597,53	4.699,49	4.771,27	4.849,30	4.998,08	-	5.119,81	5.293,56	5.297,72	5.493,23
A16	-	4.644,35	-	4.871,15	4.896,12	5.043,86	5.097,96	5.216,57	5.299,80	5.388,23	5.560,94	5.702,43	5.733,64	-	-	5.903,23

Überleitungstabelle Besoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Grundgehaltsätze (Monatsbeträge in Euro)					
	Überleitungsstufe zu Stufe 1	Überleitungsstufe zu Stufe 2	Überleitungsstufe zu Stufe 3	Überleitungsstufe zu Stufe 4	Überleitungsstufe zu Stufe 5	Überleitungsstufe zu Stufe 6
R 1	3.566,49	-	3.781,85	3.980,57	4.188,65	4.395,69
R 2	4.269,80	-	4.476,84	-	4.684,92	4.891,96

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	933,16	1.101,29	1.271,68	1.440,93	1.611,33	1.781,70	1.949,83	2.121,35	2.288,36	2.459,29	2.629,11	2.797,81
A 9	1.097,35	1.279,57	1.460,66	1.642,89	1.826,27	2.007,94	2.190,19	2.372,97	2.554,64	2.736,88	2.918,55	3.100,77
A 10	1.238,39	1.429,64	1.618,09	1.807,66	1.996,65	2.186,80	2.375,77	2.564,79	2.753,23	2.942,23	3.132,36	3.321,36
A 11	1.348,41	1.546,99	1.743,89	1.941,37	2.138,83	2.335,73	2.533,76	2.731,22	2.929,24	3.126,15	3.323,63	3.520,53
A 12	1.501,30	1.710,61	1.919,36	2.129,24	2.337,99	2.548,43	2.757,18	2.967,06	3.175,79	3.385,69	3.595,55	3.804,88
A 13 und C 1	1.650,82	1.869,16	2.085,80	2.303,58	2.520,78	2.738,58	2.956,35	3.173,56	3.391,90	3.608,52	3.826,89	4.044,10
A 14	1.803,15	2.028,25	2.253,37	2.479,04	2.704,14	2.929,81	3.154,93	3.379,48	3.604,57	3.830,27	4.054,80	4.279,36
A 15, C 2 und R 1	2.014,72	2.257,88	2.501,06	2.744,21	2.987,37	3.231,09	3.473,69	3.717,99	3.961,17	4.204,89	4.448,05	4.691,22
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.128,66	2.384,26	2.639,83	2.894,85	3.151,54	3.405,99	3.661,56	3.917,16	4.172,72	4.428,88	4.683,89	4.938,90
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.128,66	2.393,29	2.660,70	2.928,13	3.195,56	3.464,10	3.731,53	3.999,52	4.266,95	4.534,94	4.802,37	5.069,79
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.344,21	2.640,95	2.937,72	3.233,94	3.530,67	3.827,44	4.123,65	4.419,84	4.717,18	5.012,80	5.309,00	5.606,91
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.511,21	2.846,32	3.180,33	3.515,45	3.850,03	4.185,14	4.520,82	4.855,39	5.190,53	5.525,08	5.860,21	6.194,79

Anlage 22
(chemals Anlage Via des BBesG)

Anlage 23
(ehemals Anlage VIIb des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	793,81	936,54	1.080,41	1.224,85	1.370,41	1.514,28	1.657,58	1.802,59	1.945,30	2.090,87	2.234,74	2.378,05
A 9	932,04	1.087,75	1.241,22	1.396,37	1.553,20	1.707,23	1.862,38	2.017,53	2.171,56	2.326,70	2.480,72	2.634,76
A 10	1.052,78	1.215,84	1.376,06	1.536,84	1.698,20	1.858,44	2.019,80	2.180,58	2.339,70	2.501,06	2.662,97	2.823,19
A 11	1.146,42	1.314,56	1.482,11	1.650,25	1.818,37	1.986,50	2.154,06	2.322,19	2.489,20	2.656,75	2.825,45	2.991,89
A 12	1.275,06	1.453,92	1.631,61	1.809,33	1.988,21	2.165,90	2.343,08	2.521,35	2.700,19	2.877,92	3.056,20	3.233,94
A 13 und C 1	1.403,70	1.588,76	1.772,68	1.958,28	2.142,78	2.327,84	2.512,88	2.697,38	2.883,56	3.067,49	3.252,54	3.437,59
A 14	1.532,89	1.724,16	1.914,85	2.107,81	2.298,50	2.489,76	2.680,46	2.872,28	3.064,10	3.255,37	3.446,61	3.637,31
A 15, C 2 und R 1	1.712,31	1.918,79	2.125,31	2.332,92	2.540,54	2.745,90	2.952,38	3.160,57	3.367,63	3.574,13	3.780,62	3.988,23
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.808,79	2.026,00	2.243,22	2.461,00	2.677,64	2.894,85	3.112,62	3.329,26	3.547,05	3.765,38	3.981,47	4.198,67
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.808,79	2.034,45	2.261,84	2.489,20	2.716,00	2.943,93	3.171,84	3.399,23	3.626,60	3.853,96	4.081,32	4.308,71
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.993,28	2.244,33	2.496,53	2.748,73	3.000,92	3.253,10	3.505,29	3.757,49	4.009,11	4.261,87	4.512,92	4.765,69
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.134,32	2.419,25	2.704,14	2.988,49	3.273,98	3.557,20	3.842,12	4.126,46	4.411,38	4.695,72	4.980,64	5.265,57

Anlage 24

(chemals Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	653,90	770,69	890,85	1.008,78	1.128,36	1.246,86	1.365,33	1.484,94	1.602,29	1.721,89	1.840,38	1.958,86
A 9	767,86	894,79	1.022,31	1.149,25	1.279,01	1.405,96	1.533,46	1.660,99	1.788,47	1.914,85	2.042,92	2.170,44
A 10	867,72	1.000,86	1.132,88	1.266,04	1.398,06	1.531,21	1.663,21	1.795,24	1.928,41	2.059,86	2.191,87	2.325,58
A 11	944,44	1.082,12	1.220,91	1.359,12	1.497,91	1.635,01	1.773,26	1.911,46	2.050,25	2.187,35	2.326,70	2.464,38
A 12	1.050,52	1.197,20	1.343,32	1.491,14	1.636,69	1.783,39	1.930,63	2.076,20	2.222,91	2.370,16	2.516,84	2.664,08
A 13 und C 1	1.155,46	1.307,79	1.459,54	1.611,87	1.764,78	1.916,54	2.068,88	2.221,21	2.374,10	2.525,86	2.678,76	2.830,54
A 14	1.262,64	1.420,06	1.576,89	1.734,30	1.893,41	2.050,83	2.208,23	2.365,63	2.523,04	2.680,46	2.837,86	2.995,85
A 15, C 2 und R 1	1.409,90	1.579,74	1.750,69	1.921,62	2.091,46	2.262,40	2.432,22	2.602,61	2.772,98	2.943,36	3.113,75	3.283,57
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.490,02	1.668,86	1.847,15	2.026,00	2.205,97	2.384,82	2.562,53	2.741,95	2.920,80	3.100,77	3.279,06	3.457,36
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.490,02	1.674,50	1.862,38	2.049,69	2.236,99	2.425,44	2.611,62	2.798,37	2.986,25	3.174,12	3.360,86	3.548,75
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.641,23	1.848,28	2.056,47	2.264,08	2.471,14	2.678,76	2.886,93	3.094,00	3.302,18	3.508,67	3.716,87	3.925,04
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.757,44	1.992,14	2.226,29	2.461,00	2.695,68	2.930,39	3.164,53	3.399,23	3.632,80	3.867,52	4.102,19	4.336,33

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Anlage 25
(chemals Anlage VIId des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVerfAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	457,57	539,92	622,88	706,36	789,86	872,80	955,18	1.039,79	1.121,05	1.205,67	1.288,03	1.371,54
A 9	537,12	626,24	715,39	804,53	894,79	983,94	1.073,66	1.162,79	1.251,37	1.340,52	1.430,78	1.518,24
A 10	607,64	700,71	793,27	885,77	978,86	1.071,96	1.165,07	1.257,56	1.349,54	1.441,49	1.534,58	1.627,12
A 11	660,10	758,27	854,17	951,22	1.047,71	1.144,73	1.241,22	1.338,24	1.435,29	1.531,76	1.628,25	1.724,72
A 12	735,13	837,83	941,64	1.043,19	1.145,85	1.247,97	1.351,22	1.453,92	1.556,60	1.658,72	1.761,37	1.864,08
A 13 und C 1	808,47	915,11	1.021,75	1.128,94	1.235,01	1.341,65	1.448,85	1.555,48	1.662,10	1.768,72	1.875,36	1.981,99
A 14	884,07	994,11	1.104,11	1.215,26	1.325,27	1.435,87	1.545,86	1.655,89	1.765,91	1.876,50	1.987,07	2.097,07
A 15, C 2 und R 1	987,33	1.106,37	1.225,40	1.344,47	1.463,50	1.581,97	1.702,71	1.822,33	1.940,79	2.060,42	2.179,45	2.299,06
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.043,19	1.168,43	1.293,11	1.417,81	1.544,20	1.668,86	1.794,11	1.919,36	2.045,18	2.170,44	2.295,11	2.419,81
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.043,19	1.172,36	1.303,84	1.435,29	1.565,62	1.696,50	1.829,10	1.959,42	2.090,87	2.221,21	2.353,80	2.484,69
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.148,69	1.293,68	1.439,26	1.584,80	1.729,79	1.875,36	2.020,92	2.165,90	2.311,47	2.456,46	2.602,03	2.746,45
B 8 und höher, R 8 und höher	1.230,49	1.394,10	1.558,85	1.722,46	1.886,64	2.050,83	2.215,00	2.378,63	2.543,94	2.706,98	2.871,13	3.035,90

Anlage 26
(ehemals Anlage VIe des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVerfAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	555,72	655,03	757,13	857,00	958,55	1.059,56	1.161,11	1.262,64	1.361,96	1.463,50	1.563,93	1.665,47
A 9	652,76	761,08	869,41	977,75	1.087,20	1.194,38	1.303,84	1.411,60	1.519,93	1.628,25	1.736,01	1.844,33
A 10	736,82	850,24	962,51	1.075,90	1.188,18	1.301,58	1.413,30	1.526,11	1.637,83	1.750,69	1.864,08	1.976,34
A 11	802,28	920,18	1.038,11	1.155,46	1.272,25	1.389,59	1.508,07	1.624,86	1.742,78	1.860,12	1.977,48	2.094,84
A 12	893,10	1.017,80	1.142,48	1.266,61	1.390,71	1.515,40	1.640,67	1.764,78	1.890,59	2.014,72	2.138,83	2.264,08
A 13 und C 1	982,27	1.112,03	1.240,65	1.370,98	1.500,16	1.628,81	1.758,57	1.888,33	2.018,10	2.147,30	2.277,05	2.406,26
A 14	1.073,09	1.207,92	1.340,52	1.474,78	1.608,49	1.743,33	1.876,50	2.010,19	2.144,49	2.278,75	2.411,90	2.547,29
A 15, C 2 und R 1	1.198,33	1.342,74	1.487,75	1.632,76	1.778,33	1.922,75	2.067,19	2.212,19	2.357,19	2.501,62	2.646,60	2.791,03
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.266,61	1.417,81	1.570,72	1.722,46	1.874,79	2.026,56	2.178,88	2.330,67	2.482,99	2.634,76	2.787,08	2.938,85
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.266,61	1.424,01	1.581,97	1.742,78	1.901,30	2.061,52	2.220,07	2.379,18	2.539,40	2.697,96	2.857,05	3.016,15
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.394,66	1.571,26	1.747,85	1.924,46	2.099,91	2.277,62	2.453,65	2.630,23	2.805,69	2.982,86	3.159,43	3.336,03
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.495,08	1.693,12	1.893,41	2.092,00	2.291,16	2.490,32	2.690,03	2.889,20	3.087,23	3.286,97	3.486,10	3.686,40

Anlage 27
(chemals Anlage VI f des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBV/AnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.034,17	1.209,62	1.383,39	1.559,41	1.731,49	1.906,96	2.082,42	2.257,88	2.432,22	2.605,98	2.780,30	2.956,35
A 9	1.211,31	1.398,06	1.587,05	1.772,68	1.960,01	2.146,73	2.333,48	2.521,91	2.708,66	2.895,42	3.083,85	3.271,15
A 10	1.369,84	1.564,48	1.758,57	1.952,08	2.146,17	2.340,82	2.534,88	2.729,53	2.924,74	3.117,70	3.312,35	3.507,00
A 11	1.491,14	1.694,26	1.898,50	2.101,59	2.305,83	2.510,08	2.713,18	2.916,83	3.121,08	3.324,76	3.528,98	3.732,11
A 12	1.657,58	1.873,10	2.088,04	2.303,02	2.517,96	2.732,92	2.947,88	3.163,39	3.378,35	3.593,31	3.808,26	4.023,21
A 13 und C 1	1.823,45	2.047,99	2.271,98	2.496,53	2.721,63	2.945,06	3.169,62	3.394,71	3.619,83	3.843,25	4.067,78	4.293,46
A 14	1.991,01	2.222,35	2.454,78	2.686,66	2.919,10	3.152,12	3.383,42	3.615,31	3.846,63	4.079,07	4.310,39	4.543,96
A 15, C 2 und R 1	2.225,16	2.477,91	2.730,10	2.982,29	3.233,94	3.486,10	3.738,87	3.991,06	4.243,25	4.494,88	4.745,93	4.999,82
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.360,00	2.624,03	2.889,20	3.154,35	3.417,29	3.681,88	3.945,35	4.210,53	4.474,58	4.738,60	5.003,79	5.267,82
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.360,56	2.638,70	2.916,28	3.193,86	3.471,45	3.749,02	4.027,15	4.304,74	4.582,33	4.859,91	5.138,06	5.415,07
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.631,94	2.937,16	3.241,82	3.547,62	3.852,82	4.158,05	4.463,28	4.769,07	5.073,73	5.379,51	5.684,75	5.990,55
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.838,43	3.183,15	3.528,43	3.873,70	4.218,43	4.562,58	4.908,42	5.252,60	5.597,31	5.943,14		

Anlage 28
(ehemals Anlage VIg des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBV/AnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	888,02	1.034,72	1.183,66	1.330,92	1.479,32	1.628,25	1.775,49	1.924,46	2.072,82	2.219,50	2.369,02	2.515,15
A 9	1.036,96	1.194,38	1.356,89	1.514,86	1.673,38	1.832,48	1.991,01	2.148,99	2.308,11	2.467,75	2.626,29	2.785,38
A 10	1.172,94	1.339,94	1.505,25	1.672,25	1.838,13	2.002,86	2.169,30	2.334,05	2.501,62	2.666,92	2.832,22	2.999,22
A 11	1.279,57	1.452,80	1.625,98	1.799,76	1.972,96	2.146,73	2.319,94	2.494,27	2.667,49	2.840,69	3.014,44	3.188,22
A 12	1.423,45	1.605,11	1.787,89	1.970,15	2.152,93	2.334,63	2.517,41	2.700,19	2.883,00	3.064,66	3.246,90	3.429,12
A 13 und C 1	1.566,18	1.756,88	1.947,01	2.137,70	2.328,97	2.519,10	2.709,24	2.899,35	3.091,18	3.281,30	3.471,45	3.662,14
A 14	1.708,91	1.904,69	2.101,59	2.299,06	2.495,98	2.692,88	2.889,77	3.085,55	3.283,00	3.480,47	3.676,80	3.874,27
A 15, C 2 und R 1	1.910,90	2.124,73	2.337,99	2.552,37	2.766,78	2.980,61	3.193,86	3.407,13	3.622,06	3.835,92	4.049,73	4.262,99
A 16 bis B 2,	2.027,12	2.251,68	2.475,65	2.700,19	2.924,17	3.148,74	3.372,15	3.596,69	3.820,68	4.045,23	4.269,21	4.493,19
C 3 und R 2 B 3, B 4, C 4,	2.032,19	2.267,47	2.503,30	2.739,14	2.974,40	3.210,22	3.446,06	3.681,88	3.917,16	4.153,55	4.389,37	4.624,09
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.266,34	2.525,30	2.785,95	3.044,92	3.305,02	3.563,41	3.822,93	4.082,46	4.342,54	4.602,06	4.861,04	5.121,14
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.448,01	2.740,24	3.034,19	3.325,89	3.619,83	3.912,08	4.204,89	4.497,69	4.790,49	5.082,76		

Anlage 29
(ehemals Anlage VII des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	743,04	866,58	986,76	1.109,19	1.230,49	1.351,80	1.473,64	1.595,53	1.717,94	1.839,24	1.960,55	2.082,42
A 9	869,41	1.000,86	1.132,88	1.262,64	1.394,66	1.526,68	1.658,13	1.791,30	1.923,32	2.054,78	2.186,80	2.318,82
A 10	983,38	1.118,21	1.254,76	1.388,47	1.524,43	1.659,85	1.795,82	1.931,76	2.066,62	2.203,15	2.336,85	2.472,26
A 11	1.070,83	1.215,26	1.358,00	1.501,30	1.645,17	1.787,89	1.931,76	2.073,95	2.217,82	2.361,12	2.504,43	2.648,30
A 12	1.189,86	1.341,07	1.492,83	1.643,47	1.794,11	1.944,75	2.095,95	2.246,01	2.398,35	2.549,01	2.700,19	2.850,27
A 13 und C 1	1.311,16	1.465,77	1.622,60	1.778,88	1.935,18	2.090,31	2.245,45	2.402,30	2.558,03	2.713,73	2.870,03	3.025,75
A 14	1.431,91	1.593,83	1.754,62	1.915,42	2.077,34	2.239,26	2.401,17	2.561,98	2.724,46	2.886,38	3.047,17	3.209,10
A 15, C 2 und R 1	1.600,61	1.777,76	1.953,78	2.130,39	2.306,96	2.484,12	2.660,70	2.837,30	3.013,89	3.190,48	3.368,19	3.544,23
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.699,34	1.884,39	2.068,88	2.255,06	2.439,55	2.624,60	2.810,78	2.995,26	3.180,33	3.364,81	3.551,56	3.736,61
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.703,84	1.898,50	2.092,58	2.286,65	2.481,29	2.675,38	2.870,03	3.064,10	3.258,74	3.452,83	3.648,02	3.841,56
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.904,12	2.117,97	2.330,67	2.544,48	2.757,18	2.970,45	3.183,15	3.396,97	3.609,67	3.822,37	4.036,20	4.248,89
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.059,86	2.301,32	2.544,48	2.786,52	3.027,97	3.270,59	3.512,63	3.753,52	3.996,69	4.239,31		

Anlage 30
(ehemals Anlage VII des BBesG)

Anhang zu Artikel I § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2012/2013

Gültig ab 1. August 2013

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2	
	Stufe des Auslandszuschlages													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 2 bis A 16														
B 1 bis B 11	134,83	154,59	174,89	193,51	214,39	234,15	253,32	273,07	292,80	313,12	332,87	350,92	134,83	

Gesetz

zum Zweiten Abkommen vom 15. Dezember 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Vom 21. September 2012

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Dem Zweiten Abkommen vom 15. Dezember 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten vom 30. Juni 1994 (GVBl. 1995 S. 262), das durch das Abkommen vom 9. Juli 1998 (GVBl. 2000 S. 531) geändert worden ist, wird zugestimmt.

(2) Das Zweite Abkommen vom 15. Dezember 2011 zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten wird als Anlage zu diesem Gesetz veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel II in Kraft tritt, wird im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin bekannt gemacht.

Berlin, den 21. September 2012

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Ralf W i e l a n d

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister
Klaus W o w e r e i t

Anlage

Zweites Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Das Land Baden-Württemberg,
 der Freistaat Bayern,
 das Land Berlin,
 das Land Brandenburg,
 die Freie Hansestadt Bremen,
 die Freie und Hansestadt Hamburg,
 das Land Hessen,
 das Land Mecklenburg-Vorpommern,
 das Land Niedersachsen,
 das Land Nordrhein-Westfalen,
 das Land Rheinland-Pfalz,
 das Saarland,
 der Freistaat Sachsen,
 das Land Sachsen-Anhalt,
 das Land Schleswig-Holstein,
 der Freistaat Thüringen
 – nachstehend „Länder“ genannt –

schließen, vorbehaltlich der etwa erforderlichen Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften, nachstehendes Abkommen über die zweite Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Artikel I

Das Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten vom 30. Juni 1994, geändert durch das Abkommen vom 9. Juli 1998, wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 werden die Absätze 1 bis 6 wie folgt gefasst:

„(1) Die ZLG nimmt Aufgaben der Länder im Medizinprodukte- und Arzneimittelbereich nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 wahr.

(2) Die ZLG vollzieht im Bereich der Medizinprodukte die Aufgaben der Länder im Dritten Abschnitt des Gesetzes über Medizinprodukte (MPG) vom 2. August 1994 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146) und die Aufgaben der Befugnis erteilenden Behörde im Gesetz über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2625) in den jeweils geltenden Fassungen. Der ZLG obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Benennung und Überwachung der Benannten Stellen,
2. Bekanntmachung der deutschen Benannten Stellen,
3. Anerkennung und Überwachung von Prüflaboratorien,
4. Benennung und Überwachung von Konformitätsbewertungsstellen für Drittstaaten,
5. Rücknahme, Widerruf und Ruhen der Benennung und Anerkennung,
6. Anordnungen zur Beseitigung festgestellter oder zur Verhütung künftiger Verstöße,
7. Begutachtung und Überwachung im Rahmen von Akkreditierungsverfahren,

8. Mitwirkung im Akkreditierungsausschuss.

(3) Die ZLG ist Geschäftsstelle für den Erfahrungsaustausch der anerkannten Laboratorien und Benannten Stellen. Sie nimmt teil am Erfahrungsaustausch auf der Ebene der Europäischen Union und an Konsultationen im Rahmen der Drittstaaten-Abkommen und arbeitet an vertrauensbildenden Maßnahmen und in Arbeitsgruppen der Gemischten Ausschüsse mit.

(4) Die ZLG ist zentrale Koordinierungsstelle für die Medizinprodukteüberwachung und für die sich aus der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) ergebenden Aufgaben der Länder im Bereich der Marktüberwachung. Ihr obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Koordinierung der Weiterentwicklung des Qualitätssicherungssystems der Medizinprodukteüberwachung,
2. Koordinierung von Schwerpunkten für die Überwachung auf Veranlassung der Europäischen Union,
3. Koordinierung der Erstellung und Aktualisierung des sektorspezifischen Marktüberwachungsprogramms für Medizinprodukte, das der Europäischen Kommission, den Mitgliedstaaten und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen ist,
4. Koordinierung der Prüfung und Bewertung der Überwachungstätigkeit,
5. nationale Kontaktstelle im Rahmen der Marktüberwachung zur Koordinierung des Informationsaustausches zu den Marktüberwachungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und Drittstaaten,
6. Prüfung von Medizinprodukteangeboten und von -werbung im Internet sowie die Bereitstellung entsprechenden speziellen Sachverständigen,
7. nationale Kontaktstelle für Amtshilfeersuchen anderer Mitgliedstaaten,
8. Koordinierung der Erstellung von Risikoprofilen für die Zollbehörden.

(5) Die ZLG ist zentrale Koordinierungsstelle für den Arzneimittelbereich. Ihr obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Pflege und Mitwirkung bei der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems der Behörden der Länder sowie aktive Beteiligung daran im Rahmen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Arzneimittelgesetzes,
2. Mitwirkung bei der Vertretung der Länder auf europäischer und internationaler Ebene zu Fragen der Arzneimittelüberwachung und -untersuchung einschließlich des Internethandels sowie der Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen,
3. Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von aktuellen Informationen zu nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen im Arzneimittelbereich einschließlich der Bereitstellung und Pflege eines Internetauftritts sowie der Sammlung von Entscheidungen zur Zulassungs- oder Registrierungsspflicht,

4. zentraler Informationsaustausch als nationale Kontaktstelle mit europäischen Überwachungseinrichtungen, solchen staatlichen Stellen, mit denen eine gegenseitige Anerkennung von pharmazeutischen Inspektionen vereinbart ist, und Behörden weiterer Drittstaaten,
5. Koordinierung und fachliche Unterstützung von Gremien und Expertenfachgruppen,
6. Prüfung von Arzneimittelangeboten und von Arzneimittelwerbung im Internet sowie die Bereitstellung entsprechenden speziellen Sachverständes,
7. Koordinierung von länderübergreifenden Maßnahmen und von Inspektionen im zentralen Zulassungsverfahren,
8. Koordinierung der Aktivitäten der Arzneimitteluntersuchungsstellen der Länder einschließlich deren Berichterstattung und Koordinierung des zentralen Probenzugs von Arzneimitteln im Auftrag des Europäischen Direktorates für die Qualität von Arzneimitteln,
9. Aufbereitung von Informationen und Entscheidungen von länderübergreifender Relevanz und Koordinierung einer abgestimmten Haltung für nationale, europäische und internationale Gremien, Behörden und sonstige Akteure,
10. Mitwirkung bei der Beobachtung, Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken einschließlich Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Arzneimittelsicherheit auch beim grenzüberschreitenden Verkehr mit Arzneimitteln, Wirkstoffen und anderen Stoffen mit pharmakologischer Wirkung.
- (6) Die zentralen Koordinierungsstellen werden tätig im Auftrag der Länder oder eigeninitiativ in Abstimmung mit den Ländern. Sie arbeiten mit anderen, in den oben genannten Aufgabengebieten Tätigen zusammen.“
2. In Artikel 4 werden die Sätze 1 und 2 wie folgt gefasst:
„Bei der ZLG können Sektorkomitees gebildet werden. Die Sektorkomitees können bei der Erarbeitung von Anforderungen mitwirken, die an Prüflaboratorien und Benannte Stellen zu stellen sind.“
3. In Artikel 5 wird Absatz 1 wie folgt gefasst:
„(1) Die ZLG erhebt für ihre Tätigkeit im Rahmen der Benennung, Überwachung und Anerkennung kostendeckende Gebühren und Auslagen. Für ihre Tätigkeiten im Rahmen des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle macht die ZLG den kostendeckenden Aufwand bei der nationalen Akkreditierungsstelle geltend.“
- Artikel II
Inkrafttreten
- Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte Mitteilung der vertragsschließenden Länder, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind, dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen zugeht.
- | | |
|---|--------------------------------|
| Für das Land Baden-Württemberg:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Winfried
Kretschmann |
| Für den Freistaat Bayern:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Horst
Seehofer |
| Für das Land Berlin:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Klaus
Wowereit |
| Für das Land Brandenburg:
Potsdam, den 15. Dezember 2011 | Matthias
Platzek |
| Für die Freie Hansestadt Bremen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Jens
Böhrnsen |
| Für die Freie und Hansestadt
Hamburg:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Olaf
Scholz |
| Für das Land Hessen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Volker
Bouffier |
| Für das Land Mecklenburg-
Vorpommern:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Erwin
Sellering |
| Für das Land Niedersachsen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | David
McAllister |
| Für das Land Nordrhein-
Westfalen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Hannelore
Kraft |
| Für das Land Rheinland-Pfalz:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Kurt
Beck |
| Für das Saarland:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Annegret
Krampp-Karrenbauer |
| Für den Freistaat Sachsen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Stanislaw
Tillich |
| Für das Land Sachsen-Anhalt:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Dr. Reiner
Haseloff |
| Für das Land Schleswig-Holstein:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Peter Harry
Carstensen |
| Für den Freistaat Thüringen:
Berlin, den 15. Dezember 2011 | Christine
Lieberknecht |

Zweite Verordnung zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung

Vom 23. August 2012

Auf Grund des § 33 Absatz 2 Satz 2 und 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 33 Absatz 2 Satz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 17. Juli 2012 (GVBl. S. 246) wird verordnet:

§ 1

(1) Auf die Präsidentin oder den Präsidenten des Kammergerichts werden in Bezug auf das Anwaltsgericht Berlin und den Anwaltsgerichtshof Berlin die folgenden Aufgaben und Befugnisse nach der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) übertragen:

1. die Dienstaufsicht über das Anwaltsgericht (§ 92 Absatz 3 BRAO) und den Anwaltsgerichtshof (§ 100 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 92 Absatz 3 BRAO),
2. die Ernennung der Mitglieder des Anwaltsgerichts (§ 94 Absatz 2 Satz 1 BRAO) und die Ernennung der Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs, die Rechtsanwälte sind (§ 103 Absatz 1 BRAO),
3. die Ernennung der Vorsitzenden der Kammern des Anwaltsgerichts und des oder der geschäftsleitenden Vorsitzenden des Anwaltsgerichts (§ 93 Absatz 1 in Verbindung mit § 94 Absatz 2 BRAO),
4. die Ernennung der Vorsitzenden der Senate des Anwaltsgerichtshofs und die Ernennung der Präsidentin oder des Präsidenten des Anwaltsgerichtshofs (§ 101 Absatz 3 in Verbindung mit § 103 Absatz 1 BRAO),
5. die Bestellung der berufsrichterlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs (§ 102 Absatz 1 Satz 1 BRAO),

6. die Antragstellung auf Amtsenthebung gemäß § 95 Absatz 1a Satz 3 und Absatz 2 Satz 1 BRAO sowie § 103 Absatz 4 in Verbindung mit § 95 Absatz 1a Satz 3 und Absatz 2 Satz 1 BRAO,
7. die Entlassung aus dem Amt gemäß § 95 Absatz 3 BRAO sowie gemäß § 103 Absatz 4 in Verbindung mit § 95 Absatz 3 BRAO,
8. die Befugnisse der Landesjustizverwaltung gemäß §§ 97 und 105 Absatz 1 BRAO, jeweils in Verbindung mit § 70 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes.
9. die Bestätigung der Geschäftsordnung des Anwaltsgerichts (§ 98 Absatz 4 Satz 2 BRAO) und des Anwaltsgerichtshofs (§ 105 Absatz 2 BRAO).

(2) Die Entscheidungen nach Absatz 1 Nummer 3, 4 und 6 bedürfen der Zustimmung der für Justiz zuständigen Senatsverwaltung.

§ 2

Die Präsidentin oder der Präsident des Kammergerichts führt die Verfahren nach Maßgabe des § 1 Absatz 1 in der Lage fort, in der sie sich bei Inkrafttreten dieser Verordnung befinden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 23. August 2012

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz
Thomas Heilmann

Fünfundzwanzigste Verordnung
zur Änderung der Polizeibenutzungsgebührenordnung
 Vom 4. September 2012

Auf Grund des § 6 Absatz 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), das zuletzt durch Artikel IV des Gesetzes vom 18. November 2009 (GVBl. S. 674) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel I

Die Anlage zu § 1 der Polizeibenutzungsgebührenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1980 (GVBl. S. 379), die zuletzt durch Verordnung vom 28. Juli 2009 (GVBl. S. 397) geändert worden ist, erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage zu § 1

Gebührenverzeichnis

Tarif- stelle	Art der Benutzung polizeilicher Einrichtungen und die damit in Zusammenhang stehende Inanspruchnahme von Leistungen	Berechnungs- einheit	Gebühr
1	Gewahrsam für hilflose, nicht vorläufig festgenommene Personen, die betrunken sind oder unter der Einwirkung von berauschenden Mitteln stehen		
	a) nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung zur Feststellung der Verwahrfähigkeit in der Zeit nach 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr	je Fall	179,38 €
	b) nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung zur Feststellung der Verwahrfähigkeit in der Zeit nach 19.00 Uhr bis 7.00 Uhr	je Fall	190,30 €
	c) ohne ärztliche Untersuchung bei bereits festgestellter Verwahrfähigkeit	je Fall	129,88 €
2	Transport hilfloser, nicht vorläufig festgenommener Personen, die betrunken sind oder unter der Einwirkung von berauschenden Mitteln stehen, sowie Transport von Personen zur Feststellung von Alkohol- oder Rauschmittelbeeinflussung		
	a) mit polizeieigenem Kraftfahrzeug (werden mehrere Personen transportiert, so wird die zu erhebende Gebühr gleichmäßig verteilt)	je halbe Einsatz- stunde	44,20 €
	b) mit polizeieigenem Streifenboot (werden mehrere Personen transportiert, so wird die zu erhebende Gebühr gleichmäßig verteilt)	je halbe Einsatz- stunde	88,16 €
	Erfolgt der Transport mit polizeieigenem Streifenboot und mit polizeieigenem Kraftfahrzeug, wird nur die Gebühr zu b) erhoben.		89,24 €
	Bei einem Transport ohne einen sich anschließenden Gewahrsam wird zusätzlich ein Zuschlag in Höhe von erhoben.		
3	Ungerechtfertigtes Alarmieren von Polizeifahrzeugen	je erste halbe Einsatzstunde und Kraftfahrzeug	69,68 €
		je weitere halbe Einsatzstunde und Kraftfahrzeug	49,96 €
4.1	Umsetzen von Fahrzeugen, sofern sich die Maßnahme gegen die nach den §§ 13 und 14 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Verantwortlichen richtet oder die Gebührenpflicht nach § 9 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge entstanden ist.		
	a) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	121,94 €

Tarif- stelle	Art der Benutzung polizeilicher Einrichtungen und die damit in Zusammenhang stehende Inanspruchnahme von Leistungen	Berechnungs- einheit	Gebühr
	b) begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motor- rades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	102,01 €
	c) Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahr- zeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	83,84 €
	d) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	213,96 €
	e) begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit ein- em zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	196,79 €
	f) Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahr- zeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	119,53 €
	g) vermiedene Beauftragung eines Abschleppunternehmens zu Fahrzeugen aller Art	je Einsatzfall	40,49 €
4.2	Umsetzen von Fahrzeugen unter Beteiligung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) von Flächen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach fernmündlicher Anordnung der Polizei, sofern sich die Maßnahme gegen die nach den §§ 13 und 14 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Verantwortlichen richtet oder die Gebührenpflicht nach § 9 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge entstanden ist.		
	a) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entspre- chender Größe	je Einsatzfall	88,97 €
	b) begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motor- rades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	77,28 €
	c) Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahr- zeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	67,35 €
	d) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	180,99 €
	e) begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit ein- em zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	172,06 €
	f) Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahr- zeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	103,04 €
4.3	Umsetzen von Fahrzeugen nach Anordnung durch Mitarbeiter der bezirklichen Ordnungs- ämter, sofern sich die Maßnahme gegen die nach den §§ 13 und 14 des Allgemeinen Si- cherheits- und Ordnungsgesetzes Verantwortlichen richtet oder die Gebührenpflicht nach § 9 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge entstanden ist.		
	a) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entspre- chender Größe	je Einsatzfall	146,69 €
	b) begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges, Transporters oder Motor- rades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	120,57 €
	c) Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahr- zeuges, Transporters oder Motorrades bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	94,14 €
	d) durchgeführte Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	238,71 €

Tarif- stelle	Art der Benutzung polizeilicher Einrichtungen und die damit in Zusammenhang stehende Inanspruchnahme von Leistungen	Berechnungs- einheit	Gebühr
e)	begonnene Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	215,35 €
f)	Leerfahrt eines Abschleppfahrzeuges zur Umsetzung eines Pkw, Kombinationsfahrzeuges oder Transporters mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t und anderer Fahrzeuge in entsprechender Größe	je Einsatzfall	131,90 €
g)	vermiedene Beauftragung eines Abschleppunternehmens zu Fahrzeugen aller Art	je Einsatzfall	52,86 €
	<p>Eine Umsetzung gilt bei Fahrzeugen, die durch ein Abschleppfahrzeug umgesetzt werden sollen, als durchgeführt, wenn das umzusetzende Fahrzeug vom Abschleppunternehmen verladen ist. In allen anderen Fällen (z.B. mittels Handwagen, manuelles Umsetzen, etc.) gilt die Umsetzung als durchgeführt, wenn das Fahrzeug an dem neuen Standort abgestellt worden ist.</p> <p>Eine Umsetzung gilt als begonnen, wenn von dem Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin des Abschleppunternehmens am Einsatzort erste Arbeitsschritte zur Umsetzung des Fahrzeugs mittels technischer Hilfsmittel (z.B. Stützfuß ausfahren, Klammern anlegen, Hubbrille ansetzen, Einsatz von Wagenhebern, Nachschlüsseln oder Werkzeug usw.) eingeleitet wurden. Es ist dabei unerheblich, ob eine Verbindung zwischen dem technischen Hilfsmittel und dem umzusetzenden Fahrzeug entstanden ist.</p> <p>Eine Leerfahrt liegt vor, wenn der Abschleppauftrag von der zuständigen Stelle erteilt wurde, unabhängig davon, ob das Abschleppunternehmen bereits am Einsatzort erschienen ist.</p> <p>Bei mehreren in unmittelbarer Nähe abgestellten Fahrzeugen wird im Falle einer Leerfahrt für jedes Fahrzeug nur eine Gebühr in Höhe eines gleichen Anteils an dem Gebührensatz für eine Leerfahrt erhoben.</p> <p>Eine vermiedene Beauftragung eines Abschleppunternehmens liegt vor, wenn der Fahrzeughalter oder die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeugführer oder die Fahrzeugführerin mit dem Ziel, dass er oder sie oder eine andere berechnigte Person das Fahrzeug selbst entfernt, vor Ort durch Kennzeichennachfrage (Halteauskunft) oder Hinweise am Fahrzeug oder sonstige Wahrnehmungen ermittelt und in der Wohnung, dem Haus, dem Ladengeschäft oder an einer sonstigen Örtlichkeit aufgesucht und dadurch eine Beauftragung eines Abschleppunternehmens im Rahmen der Umsetzungsanordnung vermieden werden konnte.</p>		
5	Sicherstellung und Verwahrung von Fahrzeugen aller Art und Fahrzeugteilen		
a)	Transport von sichergestellten Fahrzeugen bis 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht sowie Teilen von Fahrzeugen der entsprechenden Größe	je erste halbe Einsatzstunde	100,94 €
		je weitere halbe Einsatzstunde	46,01 €
b)	Transport von sichergestellten Fahrzeugen über 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht sowie Teilen von Fahrzeugen der entsprechenden Größe	je erste halbe Einsatzstunde	125,14 €
		je weitere halbe Einsatzstunde	70,21 €
c)	Transport von sichergestellten Booten	je halbe Einsatzstunde	88,16 €
	<p>Bei Leerfahrten (Transportauftrag war erteilt und das Transportfahrzeug war unterwegs) werden die Gebühren zu Buchstaben a) bis c) in gleicher Höhe erhoben.</p>		

Tarif- stelle	Art der Benutzung polizeilicher Einrichtungen und die damit in Zusammenhang stehende Inanspruchnahme von Leistungen	Berechnungs- einheit	Gebühr
d)	Verwahrung von		
	Fahrrädern	je Tag	0,48 €
	Fahrrädern mit Hilfsmotor und Mopeds, Motorrädern ohne Beiwagen	je Tag	1,20 €
	Motorrädern mit Beiwagen, Fahrradanhängern und Krankenfahrstühlen	je Tag	2,40 €
	Personenkraftwagen, Dreiradfahrzeugen sowie Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 2,8 t, Anhängern und anderen Fahrzeugen in entsprechender Größe	je Tag	6,00 €
	Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 2,8 t, Anhängern und ande- ren Fahrzeugen in entsprechender Größe	je Tag	12,00 €
	Kanadiern, Paddel- und Ruderbooten	je Tag	2,40 €
	Segel- und Motorbooten bis zu 5 m Länge	je Tag	4,80 €
	Segel- und Motorbooten über 5 m Länge	je Tag	7,20 €
	Arbeitsmaschinen und Fahrzeugteilen	je m ² Lagerfläche und Tag	0,48 €
	Je Sicherstellungsfall wird ein Zuschlag von erhoben.		43,26 €
	Bei Leerfahrten wird der Zuschlag nur in Höhe der Hälfte des Betrages erhoben.		
6	Begleitung von Schwerlast-, Großraum- und gefährlichen Transporten		
	a) je Kraftrad	je halbe Einsatz- stunde	28,12 €
	b) je Begleitkraftwagen	je halbe Einsatz- stunde	23,12 €
	Je Begleitung wird ein Zuschlag von erhoben.		48,81 €
7	Eigentumssicherung nach Straftaten, Unglücksfällen sowie eines dahin gehenden zure- chenbaren Anscheins und Eigentumssicherung bei unverschlossenen Türen oder Fenstern von Wohnungen, Geschäftsräumen usw. im Zusammenhang mit Maßnahmen nach den §§ 15, 36 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	je Einsatzfall	74,20 €
	zuzüglich der durch die Eigentumssicherung entstandenen Auslagen		
8	Unmittelbare Ausführung von Maßnahmen und Ersatzvornahmen zur Gefahrenabwehr für Personen, Sachen und Tiere gemäß den §§ 14, 15 und 36 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, insbesondere Sicherung von Gefahrenstellen auf öffentlichem Straßen- land/Baustellensicherungen, Personen und Tiere in Notlagen, sofern nicht eine speziellere Tarifstelle einschlägig ist	je Einsatzfall	101,87 €
	zuzüglich der durch die Ersatzvornahme entstandenen Auslagen“		

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz-
und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 4. September 2012

Der Senat von Berlin

Klaus W o w e r e i t S y b i l l e v o n O b e r n i t z
Regierender Bürgermeister Senatorin für den Senator für
Inneres und Sport

Verordnung

über die Festsetzung des Bebauungsplans XXIII-26 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Kaulsdorf

Vom 10. September 2012

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 6 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan XXIII-26 vom 19. Mai 2010 mit erstem Deckblatt vom 15. Oktober 2010 und zweitem Deckblatt vom 5. Oktober 2011 für das Gelände zwischen Reißiger Straße, Straße Am Lupinenfeld, Heinrich-Grüber-Straße, Ridbacher Straße und Ortsteilgrenze sowie den nördlichen Grundstücksgrenzen der Grundstücke Ingolstädter Straße 4 und Reißiger Straße 55 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Kaulsdorf, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung und Amt für Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz, kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs) wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 2a Nummer 3 und 4 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. September 2012

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

K o m o ß
Bezirksbürgermeister

Christian G r ä f f
Bezirksstadtrat für Wirtschaft
und Stadtentwicklung

Verordnung

über die weitere Verlängerung der Veränderungssperre 7-45/59 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Lichtenrade

Vom 11. September 2012

Auf Grund des § 16 Absatz 1 und des § 17 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692) wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 16. Juni 2011 (GVBl. S. 304) erlassene und durch Verordnung vom 27. März 2012 (GVBl. S. 98) bis zum 27. April 2013 verlängerte Veränderungssperre 7-45/59 wird um ein weiteres Jahr bis zum 27. April 2014 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 11. September 2012

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Angelika S c h ö t t l e r
Bezirksbürgermeisterin

Dr. Sibyll K l o t z
Bezirksstadträtin

Verordnung
über die Festsetzung des Bebauungsplans 10-57
im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn

Vom 14. September 2012

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 6 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 10-57 vom 7. September 2011 für das Gelände zwischen westlicher Verlängerung des Schkopauer Rings, Schkopauer Ring, Wolfener Straße, Bitterfelder Straße und der östlichen Grenze des ehemaligen Klärwerksgeländes (Flurstücke 564, 586, 587, 588 der Flur 2 Gemarkung Gut Falkenberg) sowie das Flurstück 320/168 und einer Teilfläche des Flurstücks 445 der Flur 2 Gemarkung Gut Falkenberg im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung und Fachbereich Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Untere Denkmalschutzbehörde, kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
 2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 14. September 2012

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

K o m o ß
 Bezirksbürgermeister

Christian G r ä f f
 Bezirksstadtrat für
 Wirtschaft und Stadtentwicklung

Verordnung
über die Festsetzung des Bebauungsplans I-211
im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

Vom 17. September 2012

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), in Verbindung mit § 9 Absatz 3 und § 8 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan I-211 vom 25. Februar 2011 mit Deckblatt vom 16. August 2011 für das Gelände zwischen dem Alexanderufer, der Stadtbahn, der Unterbaumstraße und der Spree sowie Teilflächen der Stadtbahn im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abteilung Geoinformation, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirkssamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
 2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind, in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber der für die verbindliche Bauleitplanung zuständigen Senatsverwaltung schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 17. September 2012

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Michael Müller



Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Telefon: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 00
E-Mail: katharina.jung@senjust.berlin.de
Homepage: www.berlin.de/senjust

Verlag und Vertrieb:

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln
Telefon: 02 21/94 373-7000, 02 63 1/801-2222 (Kundenservice)
Fax 02631/801-2223 (Kundenservice)
E-Mail: info@wolterskluwer.de
Internet: www.wkdis.de/www.wolterskluwer.de

Bezugspreis:

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt.
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 4,70 € zzgl. Versand
(Deutsche Bank München, Konto 222 02 75, BLZ 700 700 10)

Druck:

Druckhaus Tecklenborg, Siemensstraße 4, 48565 Steinfurt

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Heddesdorfer Straße 31a • 56564 Neuwied
Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG